



Amts-Blatt der Stadt Wiesbaden

und amtliches Publikationsorgan der Gemeinden: Schierstein, Sonnenberg, Rambach, Naurod, Franciscin, Wambach u. v. a.
Tägliche Beilage zum Wiesbadener General-Anzeiger.

Nr. 81.

Donnerstag, den 4. April 1912.

27. Jahrgang.

Ordnung betreffend die gewerbliche Fortbildungsschule in Wiesbaden.

Auf Grund der §§ 120, 142 und 150 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich in der Fassung des Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1900 (Reichs-Gesetzblatt Seite 871 und folgende) und auf Grund des Preussischen Gesetzes vom 1. August 1900 (Gesetz-Sammlung S. 733) wird nach Anhörung der beteiligten Gewerbetreibenden und Arbeiter und unter Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung für den Gemeindebezirk der Stadt Wiesbaden folgendes festgesetzt:

§ 1. Alle im Gemeindebezirk nicht nur vorübergehend (bis zu 6 Tagen) beschäftigten gewerblichen Arbeiter (Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Fabrikarbeiter), mit Ausnahme der Lehrlinge und Gesellen in Handelsgeschäften, sind verpflichtet, bis zum Ende des Schuljahres, innerhalb dessen sie das 17. Lebensjahr vollenden, die hiesige Fortbildungsschule zu besuchen, und an dem Unterricht teilzunehmen.

Die Befreiung der Lehrlinge, der Tage- und Stundenarbeiter erfolgt durch den Magistrat und wird in dem Organ für die öffentlichen Bekanntmachungen des Magistrats zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

§ 2. Befreit von dieser Verpflichtung sind nur solche gewerbliche Arbeiter, die dem Schulvorstand den Nachweis führen, daß sie diejenige Kenntnis und Fertigkeit besitzen, deren Aneignung das Ziel der Fortbildungsschule ist, oder eine andere Fortbildungs- oder Innungs- oder Fachschule besuchen, deren Unterricht von der höheren Verwaltungsbehörde als Ersatz der Fortbildungsschulunterweisung anerkannt ist.

Von der Befreiung zur obligatorischen Fortbildungsschule können nach dem Ermessen des Schulvorstandes solche Schulpflichtige ausgeschlossen werden, die nach ihrer Fortbildung wegen geistlicher oder anderer Hindernisse den Unterricht störender Krankheiten und körperlicher Gebrechen zur Aufnahme untauglich sind.

§ 3. Gewerbliche Arbeiter, welche nicht nach diesem Statut zum Schulbesuch verpflichtet sind, können, wenn der Platz ausreicht, auf ihren Wunsch zur Teilnahme am Unterricht zugelassen werden. Der Schulvorstand (Rectorium) bestimmt über die Zulassung solcher Schüler.

§ 4. Für jede zum Besuche der Schule verpflichtete Person ist der sie beschäftigende Gewerbetreibende verpflichtet, einen Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung der Schule von jährlich 6 M. im Voraus an die Kasse der gewerblichen Fortbildungsschule zu leisten. Freiwillig die Schule Besuchende haben denselben Beitrag als Schulpflichtige zu zahlen. Bei nachgewiesener Bedürftigkeit des schulpflichtigen Gewerbetreibenden, des freiwilligen Schülers und dessen Eltern kann das Schulgeld auf Antrag vom Schulvorstande ermäßigt oder erlassen werden. Endlich das Arbeitsverhältnis innerhalb 4 Wochen, so wird kein Schulgeld erhoben. Ist der Arbeitgeber Mitglied des Arbeitgebervereins Wiesbaden, so wird der Beitrag für den ersten Lehrjahr auf 2 M. und für den zweiten Lehrjahr auf 4 M. ermäßigt. Für alle weiteren Lehrjahre sind je 6 M. zu bezahlen.

§ 5. Zur Sicherung des regelmäßigen Besuchs der Fortbildungsschule durch die dazu Verpflichteten, sowie zur Sicherung der Ordnung in der Fortbildungsschule und eines geordneten Verhaltens der Schüler werden folgende Bestimmungen erlassen:

1. Die zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten gewerblichen Arbeiter müssen sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und dürfen sie ohne eine nach dem Ermessen der Schulleitung ausreichende Entschuldigung nicht ganz oder zum Teil veräumen.

2. Sie müssen die ihnen als nötig bezeichneten Vermittel in den Unterricht mitbringen.

3. Sie haben die Bestimmungen der für die Fortbildungsschule gegebenen Schulordnung zu befolgen.

4. Sie müssen in die Schule sauber gewaschen und in reiner Kleidung kommen.

5. Sie dürfen den Unterricht nicht durch ungebührliches Betragen stören und die Schulutensilien und Lehrmittel nicht verderben oder beschädigen.

6. Sie haben sich auf dem Wege zur Schule und von der Schule jedes Unflats und Lärmens zu enthalten.

Zu widerstandlungen werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juni 1901 (Reichs-Gesetzblatt Seite 287) mit Geldstrafe bis zu 10 M. oder im Unvermögensfalle mit Haft von 1 Tag bestraft, sofern nicht nach gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist. Zuwiderhandlungen leichter Art können durch Disziplinarstrafen der Schule (Bewehrung durch Lehrer, den Leiter, das Lehrerkollegium oder den Schulvorstand, schriftliche oder mündliche Nachtritte an die Eltern, Erzieher oder Lehrpersonen, Konzeptsstrafen bis zu 6 Stunden während der Schul- und arbeitsfreien Zeit) geahndet werden.

§ 6. Eltern und Vormünder dürfen ihre zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten Söhne oder Minder nicht davon abhalten. Sie haben ihnen vielmehr die dazu erforderliche Zeit zu gewähren und jede den Unterricht betreffende gewünschte Auskunft über die Fortbildungsschule zu erteilen.

§ 7. Die Gewerbeunternehmer haben jeden von ihnen beschäftigten, nach vorstehenden Bestimmungen (§ 1) schulpflichtigen, gewerblichen Arbeiter spätestens am 6. Tage, nachdem sie ihn angenommen haben (auch während der Probezeit) zum Eintritt in die Fortbildungsschule bei der Schulleitung anzumelden und spätestens am 3. Tage, nachdem sie ihn aus der Arbeit entlassen haben, bei der Schulleitung wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie rechtzeitig und soweit erforderlich,

gereinigt und umgekleidet im Unterricht erscheinen können.

§ 8. Die Gewerbeunternehmer haben für die beschäftigten gewerblichen Arbeiter, die durch Krankheit am Besuche des Unterrichts gehindert werden, spätestens innerhalb 8 Tagen hierüber eine Bescheinigung einzureichen, sowie jede den Unterricht betreffende gewünschte Auskunft über die Fortbildungsschule zu erteilen. Wenn sie wünschen, daß ein gewerblicher Arbeiter aus dringenden Gründen vom Besuche des Unterrichts für einzelne Stunden oder für längere Zeit entbunden werde, so haben sie dies bei dem Leiter der Schule so zeitig zu beantragen, daß dieser nötigenfalls die Entscheidung des Schulvorstandes einholen kann.

§ 9. Eltern und Vormünder, die dem § 6 entgegenstehen, und Arbeitgeber, welche die im § 7 vorgeschriebenen An- und Abmeldungen überbauen nicht oder nicht rechtzeitig machen, oder die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter ohne Erlaubnis aus irgend einem Grunde veranlassen, den Unterricht ganz oder zum Teil zu veräumen, oder die im § 8 vorgeschriebene Bescheinigung nicht einreichen, wenn der schulpflichtige krankheitsbedingt die Schule veräumt hat oder die von der Schulleitung den Unterricht betreffende gewünschte Auskunft nicht geben, werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1900 (Reichs-Gesetzblatt Seite 871) mit Geldstrafe bis zu 20 M. oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.

§ 10. Dieses Ortsstatut tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Zeitpunkte wird das bisher gültige Ortsstatut vom 28. 1. 1907 und 21. 2. 1907 aufgehoben.

Wiesbaden, den 24. Februar 1911.

Der Magistrat.
v. J. Bell. Körner.

B. A. 243 11
2

Genehmigt.
Wiesbaden, den 24. Februar 1911.

22. Mai
Namens des Bezirksausschusses:
Der Vorsitzende:
J. B. Meißner.

Die Aufnahme der neu eintretenden Schüler für das Schuljahr 1912 findet am Mittwoch, den 17. April d. J., nachm. 2 Uhr, (Roch- und Keller, Lehrstube um 4 Uhr), im Saale der Gewerbe- und Handelskammer statt. Alle Schüler haben an diesem Tage ihr Entlassungszeugnis mitzubringen.

Alle An- und Abmeldungen erfolgen in der Gewerbeschule, Wallstraße 38, Zimmer 10.

Wiesbaden, den 2. April 1912.

Der Schulvorstand.

Ortsstatut

für die obligatorische kaufmännische Fortbildungsschule in Wiesbaden.

Auf Grund der §§ 120, 142 und 150 der Gewerbeordnung für das deutsche Reich in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 871 ff.) wird nach Anhörung der beteiligten Handelstreibenden und Angestellten mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung folgendes festgesetzt:

§ 1. Alle im Bezirk der Stadt Wiesbaden sich regelmäßig aufhaltende Angestellte beiderlei Geschlechts in Wiesbadener Handelsgeschäften, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind verpflichtet, die hiesige Fortbildungsschule zu besuchen, und an dem Unterricht teilzunehmen.

Die Befreiung der Lehrlinge, der Tage- und Stundenarbeiter erfolgt durch den Magistrat und wird in dem Organ für die öffentlichen Bekanntmachungen des Magistrats zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

§ 2. Dauernd befreit von dieser Verpflichtung sind solche Angestellte, welche dem Schulvorstand den Nachweis führen, daß sie in allen Lehrfächern der kaufmännischen Fortbildungsschule diejenige Kenntnisse und Fertigkeiten besitzen, deren Aneignung das Ziel der Fortbildungsschule ist, oder eine andere Fortbildungs- oder Innungs- oder Fachschule besuchen, deren Unterricht von der höheren Verwaltungsbehörde als Ersatz der Fortbildungsschulunterweisung anerkannt ist.

§ 3. Angestellte, die über 18 Jahre alt sind, oder im Bezirk der Stadt Wiesbaden wohnen, ohne darin ihre Beschäftigung zu haben, können, wenn der Platz ausreicht, auf ihr Ansuchen vom dem Schulvorstande zur Teilnahme am Unterricht zugelassen werden.

§ 4. Für jede zum Besuche der Schule verpflichtete Person ist der sie beschäftigende Handelstreibende, in einem Handelsgeschäfte angestellte Person, ist der sie beschäftigende Handelstreibende, sofern er im Bezirk der Stadt Wiesbaden wohnt oder sein Gewerbe betreibt, verpflichtet, unbeschadet seines Erklärungsrechtes an die Eltern oder den Vormund des Schülers (der Schülerin) einen Beitrag zu den Kosten der Unterhaltung der Schule von jährlich 20 M. oder 10 M. im Voraus an die Kasse der kaufmännischen Fortbildungsschule zu zahlen, je nachdem der Schüler (die Schülerin) an dem fremdsprachlichen Unterricht teilnimmt oder nicht. Freiwillig die Schule Besuchende haben denselben Beitrag als Schulpflichtige zu zahlen. Bei nachgewiesener Bedürftigkeit des schulpflichtigen Handelstreibenden, des freiwilligen Schülers (der Schülerin) und deren Eltern kann das Schulgeld auf Antrag vom Schulvorstande ermäßigt oder erlassen werden. Endlich das Arbeitsverhältnis innerhalb 4 Wochen, so wird kein Schulgeld erhoben.

§ 5. Zur Sicherung des regelmäßigen Besuchs der Fortbildungsschule durch die dazu Verpflichteten, sowie zur Sicherung der Ordnung in der Fortbildungsschule und eines geordneten Verhaltens der Schüler (Schülerinnen) werden folgende Bestimmungen erlassen:

1. Die zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten gewerblichen Arbeiter müssen sich zu den für sie bestimmten Unterrichtsstunden rechtzeitig einfinden und dürfen sie ohne eine nach dem Ermessen der Schulleitung ausreichende Entschuldigung nicht ganz oder zum Teil veräumen.

2. Sie müssen die ihnen als nötig bezeichneten Vermittel in den Unterricht mitbringen.

3. Sie haben die Bestimmungen der für die Fortbildungsschule gegebenen Schulordnung zu befolgen.

4. Sie müssen in die Schule sauber gewaschen und in reiner Kleidung kommen.

5. Sie dürfen den Unterricht nicht durch ungebührliches Betragen stören und die Schulutensilien und Lehrmittel nicht verderben oder beschädigen.

6. Sie haben sich auf dem Wege zur und von der Schule jedes Unflats und Lärmens zu enthalten.

Zu widerstandlungen werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 871 ff.) mit Geldstrafe bis zu 20 Mark, im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft, sofern nicht nach gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist.

§ 6. Eltern und Vormünder dürfen ihre zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten Söhne und Töchter oder Minder nicht davon abhalten, müssen ihnen vielmehr die dazu erforderliche Zeit geben.

§ 7. Die Handelstreibenden haben die von ihnen beschäftigten, nach vorstehenden Bestimmungen schulpflichtigen Angestellten spätestens am 6. Tage nach deren Annahme zum Eintritt in die Fortbildungsschule bei dem Magistrat anzumelden und spätestens am 3. Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei dem Magistrat wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie rechtzeitig und, soweit erforderlich, umgekleidet im Unterricht erscheinen können.

§ 8. Die Handelstreibenden haben den von ihnen beschäftigten Angestellten, die durch Krankheit am Besuche des Unterrichts gehindert waren, bei dem nächsten Besuche der Fortbildungsschule hierüber eine Bescheinigung mitzugeben. Wenn sie wünschen, daß Angestellte aus dringenden Gründen vom Besuche des Unterrichts für einzelne Stunden oder für längere Zeit entbunden werden, so haben sie dies bei dem Leiter der Schule so zeitig vorher zu beantragen, daß dieser nötigenfalls die Entscheidung des Schulvorstandes einholen kann.

§ 9. Eltern und Vormünder, die dem § 6 entgegenstehen, und Handelstreibende, welche die im § 7 vorgeschriebenen An- und Abmeldungen überbauen nicht oder nicht rechtzeitig machen, oder die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Angestellten veranlassen, den Unterricht ohne Erlaubnis ganz oder zum Teil zu veräumen, oder ihnen die im § 8 vorgeschriebene Bescheinigung nicht mitgeben, wenn die schulpflichtigen krankheitsbedingt die Schule veräumt haben, werden nach § 150 Nr. 4 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (R.-G.-Bl. S. 871 ff.) mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft.

Wiesbaden, den 11. Dezember 1901.
Der Magistrat:
v. J. Bell.

Befähigt durch Beschluß des Bezirks-Ausschusses vom 6. Februar 1902, J. Nr. 2. A. 53.

Die Prüfung der neu eintretenden männlichen Schulpflichtigen findet am Dienstag, den 16. April, vormittags 8 Uhr, in der Gewerbeschule, Wallstraße 38, Zimmer 31, statt; die Prüfung der neu eintretenden weiblichen Schulpflichtigen am Mittwoch, den 17. April, vormittags 8 Uhr, in der Gewerbeschule, Wallstraße 38, Zimmer 31.

Alle An- und Abmeldungen erfolgen in der Gewerbeschule, Wallstraße 38, Zimmer 10.

Wiesbaden, den 2. April 1912.

Der Schulvorstand.

Bekanntmachung
über die Errichtung einer Friseur-Zwangsanstalt in Wiesbaden.

Nachdem das Statut der Friseur-Zwangsanstalt für den Bezirk der Stadt Wiesbaden die Genehmigung des Bezirks-Ausschusses erhalten hat, werden diejenigen, welche das Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Handwerk entweder in vollem Umfange oder zum Teil betreiben, jedoch mit Ausschluß derjenigen weiblichen Personen, die kein stehendes Friseurgeschäft betreiben, sondern Friseurarbeiten nur im Hause ihrer Kunden verrichten, zu einer Versammlung berufen auf

Dienstag, den 9. April 1. 30.

nachmittags 4 Uhr.

im Rathaus Zimmer Nr. 30.

Zusatzordnung:

Konstituierung der Innung und Wahl des Innungsvorstandes sowie möglichst auch der Inhaber der übrigen Innungsämter (§§ 27 ff. des Statutes).

Pünktliches und vollständiges Erscheinen darf unter Hinweis auf die Strafbestimmung im § 22 Absatz 2 des Statutes erwartet werden.

Wiesbaden, den 22. März 1912.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.
An die sofortige Einlösung der Volksabfuhrscheine wird mit dem Bemerken erinnert, daß eventuell nochmalige Verleigerung des erlösten Volkes stattfinden muß.

Wiesbaden, den 2. April 1912.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.
Die Gebäude der ehemaligen Salenmeisterei links der oberen Frankfurterstraße, bestehend aus einem massiven Wohngebäude, Stallung für mehrere Pferde usw., großer Scheune, schönem Obkeller und 75 Ruten aufstehendem Ackerland sollen sofort anderweit vermiert werden.

Angebote sind im Rathaus Zimmer Nr. 44, wofolbst auch nähere Auskunft erteilt wird, bis spätestens den 15. d. Mts. abzugeben.

Wiesbaden, den 2. April 1912.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Ehefrau Otto Meißner, Helma geb. Gruber, geboren am 6. Januar 1880 zu Wiesbaden, zuletzt Ertelstraße Nr. 18 wohnend, entzieht sich der Fürsorge für ihr Kind, so daß es aus öffentlichen Mitteln unterstügt werden muß.

Wir ersuchen um Mitteilung ihres Aufenhalts.

Wiesbaden, den 2. April 1912.

Der Magistrat. — Armen-Verwaltung.

Städtische Volks- und Mittelschulen.

Das neue Schuljahr beginnt Dienstag, den 16. April, mit der Konferenz der Lehrer und Lehrerinnen um 8 Uhr, der Vertikalisierung der Schüler und Schülerinnen in ihren Schulhäusern um 9 Uhr und der Aufnahme der sechsjährigen Kinder um 10 Uhr.

Diejenigen sechsjährigen Knaben und Mädchen, die für die neue Mittelschule an der Blumenhalsstraße angemeldet sind, werden Mittwoch, den 17. April, vormittags 9 Uhr, aufgenommen.

Wiesbaden, den 4. April 1912.

Städtische Schuldeputation.

J. M. Müller.

Verdingung.

Die Ausführung der Schreinerarbeiten (Pos. I), Türen und Fußleisten im Dachgeschoss des Adlerbades sollen im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden. Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können während der Vormittagsdienststunden im Verwaltungsgedäude Adlerstraße Nr. 4 eingesehen, die Angebotsformulare einschließlich Zeichnungen auch von dort gegen Barzahlung oder bestellgeldfreie Einsendung folgen — in Gegenwart der event. erschienenen Anbieter.

Verstöße und mit der Aufschrift „Schreinerarbeiten Pos. I“ versehenen Angebote sind spätestens bis

Donnerstag, 18. April 1912, vorm. 12 Uhr, hierher einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt — unter Einhaltung der obigen Pos.-Reihenfolge — in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformular eingereichten Angebote werden berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 30 Tage.

Wiesbaden, 1. April 1912.

Städtisches Hochbauamt.

Benachteiligung für das Adlerbad.

Verdingung.

Die Lieferung von „Penerton“ und „gusseisernen emaillierten Wannen“ für den Neubau des Adlerbades, Pos. II — 22 Stück — soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Verdingungsunterlagen und Zeichnungen können während der Vormittagsdienststunden im Verwaltungsgedäude Adlerstraße Nr. 4 eingesehen, die Angebotsunterlagen einschließlich Zeichnungen auch von dort gegen Barzahlung oder bestellgeldfreie Einsendung von 50 M., inklusive Zeichnungen von 1 M. (keine Briefmarken und nicht gegen Postnachsicht), solange Vorrat reicht, bezogen werden.

Verstöße und mit der Aufschrift „Penertonwannen Adlerbad“ versehenen Angebote sind spätestens bis

Dienstag, 16. April 1912, vorm. 11 Uhr,

hierher einzureichen.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt — unter Einhaltung der obigen Pos.-Reihenfolge — in Gegenwart der etwa erscheinenden Anbieter.

Nur die mit dem vorgeschriebenen und ausgefüllten Verdingungsformular eingereichten Angebote werden berücksichtigt.

Zuschlagsfrist: 30 Tage.

Wiesbaden, 1. April 1912.

Städtisches Hochbauamt.

Benachteiligung für das Adlerbad.

Bekanntmachung.

In der Goethestraße zwischen Moritz- und Oranienstraße soll nach Mitte April d. J. mit dem Umbau des nördlichen Gehweges in Gusspflaster angefangen werden. Bis dahin müssen alle noch stehenden oder etwa zu verändernden Hausanschlüsse an die Kanäle, das städtische Kanalnetz oder die Haupt- und Gassen- und Gassenleitungen fertiggestellt sein.

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung des Magistrats vom 1. November 1908 über die fünfjährige Sperrzeit für Aufbruch der neuen Straßendecken werden daher die beteiligten Hausbesitzer und Grundbesitzer aufgefordert, umgehend bei den betreffenden städtischen Bauverwaltungen die Ausführung der noch notwendigen Anschlussarbeiten zu beantragen.

Wiesbaden, 2. April 1912.

Städtisches Straßenbauamt.